



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verjammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Der Verbandstag in Hamburg.

In dem schönen Heim der Hamburger Arbeiterkassette fanden sich die Delegierten unseres Verbandes zum 8. ordentlichen Verbandstag am 28. Juni zusammen. Die Hamburger Kollegen und Kolleginnen hatten den Teilnehmern ein freundliches Willkommen bereitet, so daß schon die herzliche Aufnahme am Tagungsort angenehme Stunden nach der Arbeit versprach und auch diese leicht und froh machte. Jeder, der an solchen anstrengenden Tagungen schon teilgenommen hat, weiß, wie vorteilhaft eine gehobene Stimmung für die Arbeiten des Verbandstages ist. Die Teilnehmer immer in froher Laune gehalten zu haben, ist das Verdienst der Hamburger Kollegenkassette, die wahrlich keine Arbeit und Mühe gespart hat, den Aufenthalt in der berühmten Hafenstadt so angenehm wie nur möglich zu gestalten. Dankbar werden alle Teilnehmer das anerkennen und besonders sind sie der Hamburger Verwaltung, an deren Spitze unser Herrmann Kolbe steht, verbunden für die herzliche Aufnahme und Bewirtung. Wenn nach manchmal recht aufregenden Verhandlungen die Delegierten Feierabend machten, stets hatten unsere Hamburger Freunde bereit, heitere Abwechslung ihnen zu bieten.

Am Sonntag begannen die Vorverhandlungen zum Verbandstag, die reibungslos erledigt werden konnten. In einer Stunde war die Festlegung von Geschäfts- und Tagesordnung erledigt und die notwendigen Wahlen für das Bureau und die Kommissionen vorgenommen. Sofort wurden die Teilnehmer von den Hamburger Kollegen und Kolleginnen in Empfang genommen und zum Hafen geführt. Der Abend vereinte die Delegierten mit der Hamburger Kollegenkassette zu einer würdigen Begrüßungsfeier, die künstlerisch auf der Höhe stand.

Der 1. Vorsitzende Kollege Bucher eröffnete Sonntag, den 28. Juni,

um 11 Uhr die Vorverhandlungen zum Verbandstag mit herzlichsten Worten der Begrüßung. Die kurze Sonntagssitzung soll lediglich die Geschäftsordnung festlegen und die notwendigen Wahlen zum Bureau des Verbandstages und der Kommissionen vornehmen. Die Vorlesung der Präsenzliste ergibt die Teilnahme nachstehender Delegierter und Gäste:

- Gau I, Rheinland-Westfalen:** Ferdinand Heilmann, Köln; Ferdinand Höfmann, Essen; Clemens Kiel, Köln; Wilhelm Weber, Barmen.
- Gau II, Frankfurt a. M.-Hessen:** Anton Lab, Frankfurt a. M.; Wilhelm Berg, Offenbach a. M.; Adam Müller, Mainz; Robert Pauli, Frankfurt a. M.; Heinrich Wiegenstein, Cassel.
- Gau III, Württemberg, Baden, Bayr. Pfalz:** Hugo Werner, Stuttgart; Pauline Schillings, Stuttgart; Adolf Rieger, Karlsruhe; Josef Stiefel, Freiburg i. B.
- Gau IV, Südbayern:** Fritz Lehmeier, München; Hans Bauer, München; Leopold Herdegen, München; Richard Wagner, München.
- Gau IVa, Nordbayern:** Karl Redding, Nürnberg; Heinrich Schäffner, Nürnberg; Käthe Führer, Nürnberg; Gottfried Weininger, Würzburg.
- Gau V, Sachsen:** Franz Herrman, Dresden; Arthur Läubrich, Dresden; Arthur Franz, Dresden; Lina Wolf, Dresden; Karl Geißler, Grimmitzschau; Gustav Braun, Grimmitzschau; Reinhardt Bandler, Chemnitz.
- Gau VI, Provinz Sachsen-Thüringen:** Walter Hoyer, Alzenburg; Hermann Demuth, Erfurt.
- Gau VII, Leipzig:** Walter Beyer, Leipzig; Karl Wolfen, Leipzig; Otto Thielemann, Leipzig; Georg Stamm, Leipzig; Otto Kohnand, Leipzig; Richard Springer, Leipzig; Bernhard Höhn, Leipzig; Max Süß, Leipzig; Clara Göhe, Leipzig.
- Gau VIII, Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen:** Franz Stichert, Gietlin; Otto Paduch, Königsberg.
- Gau VIIa, Schlesien:** Max Reinhold, Breslau; Karl Reifsmann, Breslau; Paul Hohaus, Breslau.
- Gau VII, Berlin:** Otto Gloth, Berlin; Gustav Grohmann, Berlin; Max Blankenburg, Berlin; Willy Grohmann, Berlin; Margarete Boeh, Berlin; Luise Krapp, Berlin; Alfred Marg, Berlin; Richard Günther, Berlin; Max Hofmann, Berlin; Robert Reinte, Berlin; Oskar Stache, Berlin.
- Gau VIIIa, Provinz Sachsen (nördlicher Teil):** Auguste Boffe, Magdeburg; Paul Toepel, Magdeburg.
- Gau IX, Provinz Hannover, Oldenburg, Braunschweig:** Wilhelm Spatthoff, Hannover; Joseph Wambacher, Hannover; Albert Just, Bielefeld; Walter Räuter, Braunschweig.
- Gau X, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Bremen:** Hermann Kolbe, Hamburg; Carl Sellge, Hamburg; Dora Dieß, Hamburg; Fritz Pünjer, Bremen.
- Gau XI, Danzig:** Bruno Larm, Danzig.

- Verbandsvorstand:** Engelbert Bucher, 1. Vorsitzender; Ernst Hornte, 2. Vorsitzender; Heinrich Kobah, Kassierer; Karl Spatthoff, Beisitzer.
- Verbandsbeirat:** Albert Schmidt, München.
- Redaktion der „Solidarität“:** Karl Schulze, Redakteur.
- Als Gäste sind erschienen vom:**
 - Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund: Gustav Sabath;
 - Verband der Deutschen Buchdrucker: Jos. Seib, Fritz Kunzler, Reindorf;
 - Verband der Lithographen und Steindrucker: F. Konner, Ulrich;
 - Verband der Buchbinder: F. Küster, Aug. Hein;
 - Reichsverein der Oesterreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter: Jos. Wlczek;
 - Oesterreichischer Senefelder-Bund: W. Grünwald.

In die gedruckt vorliegende Geschäftsordnung wird auf Antrag Hermann-Dresden die Redezeit für Begründer von Anträgen auf 20 Minuten verlängert. Ein Antrag von Gloth-Berlin, bei namentlicher Abstimmung nicht die Zahl der Delegierten, sondern die Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder entscheiden zu lassen, wird abgelehnt. Die Tagungszeit wird von 8 bis 4 Uhr festgesetzt. Die Geschäftsordnung wird dann in vorliegender Form genehmigt.

In das Bureau des Verbandstages wurden gewählt als Vorsitzende die Kollegen E. Bucher, Ernst Hornte und Hermann Kolbe-Hamburg, als Schriftführer Wagner-München, W. Grohmann - Berlin, Roland - Leipzig und Lina Wolf-Dresden.

Die Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

1. Berichte:
 - a) des Verbandsvorsitzenden,
 - b) des Verbandskassierers,
 - c) des Beiratsvorsitzenden,
 - d) des Redakteurs.
2. Tarif- und Lohnbewegungen.
3. Statutenberatung.
4. Agitation.
5. Wahlen zum Verbandsvorstand, des Redakteurs usw.
6. Festsetzung der Gehälter, Entschädigungen und Tagelöhner der Delegierten.
7. Verschiedenes.

Der Punkt Tarif- und Lohnbewegungen soll in geschlossener Sitzung verhandelt werden.

In die Mandatprüfungskommission werden gewählt: Bandler - Chemnitz, Thielemann - Leipzig, Stache - Berlin, Bauer-München, Berg-Offenbach a. M.

In die ideale Kommission werden gewählt: Werner-Stuttgart, Gustav Grohmann-Berlin, Wambacher-Hannover, Sellge-Hamburg, Redding-Nürnberg.

Die Finanzkommission wird zusammengesetzt von Blankenburg - Berlin, Wolfen - Leipzig, Toepel - Magdeburg, Höfmann - Essen, Schmid - München, Läubrich-Dresden, Hohaus-Breslau.

Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Montag, den 29. Juni 1924.

Der 1. Vorsitzende eröffnete um 10 Uhr den Verbandstag. Der Berliner Kollegenkongressverein „Solidarität“, der in Hamburg ein Konzert gab, lang das stimmungsvolle „Ich warte dein“ und den Sozialistenmarsch den Delegierten zur Begrüßung.

Kollege Bucher gibt dann einen Umriß der Aufgaben, die der Verbandstag zu erledigen hat. Rücksehend sollen wir beurteilen, ob die eingeschlagenen Wege in den vergangenen fünf Jahren richtig gewesen sind. Heute ist fruchtbringende Arbeit zu leisten in kollegialer herzlicher Art. Der Verbandsvorsitzende begrüßt dann die erschienenen Gäste. Begrüßungstelegramme sind eingegangen vom Schweizer Typographenbund und vom Verband der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter der Schweiz, außerdem von der „Graphischen Union“ in Reichenberg und der Organisation der Hilfsarbeiter in Brünni. Die Zahlstellen Leipzig und Erfurt, die Kollegen Richter, Abend und Reich wünschen ebenfalls der Tagung besten Erfolg. Kollege Bucher gibt dann kurz Bericht über den Lohnkonflikt im Schriftgießereigewerbe, der Verbandstag drückt den im Kampf stehenden Kollegen und Kolleginnen seine volle Sympathie aus.

Dann bewillkommnet der Hamburger Gauleiter, Kollege Kolbe, den Verbandstag. Von den Gästen nehmen das Wort der Verbandsvorsitzende der Buchdrucker, Kollege Seib, der Vertreter unserer österreichischen Kollegen und Kolleginnen, Kollege Wlczek, und Kollege Grünwald vom österreichischen Senefelder-Bund.

Der Verbandstag tritt dann in die Tagesordnung ein. Zuerst erhält Kollege Bucher das Wort zu seinem Bericht. Er verweist auf die gedruckt vorliegenden 5 Jahresberichte von 1920 bis 1925. Die Tätigkeit des Verbandes und seiner

leitenden Instanzen erstreckte sich vornehmlich auf die Gestaltung der Lohn- und Tariffragen. In Frankfurt a. M. machte sich der Wille geltend, einen einheitlichen Tarif für das gesamte graphische Gewerbe zu schaffen. Diese Absicht wurde vereitelt durch eine Unternehmerorganisation, den Schutzverband der Steindruckereibesitzer, der die Einheitslichkeit auf dem Tarifgebiet bekämpfte. Im Graphischen Bund wurde die dadurch gegebene Situation eingehend behandelt und man kam überein, getrennt zu marschieren und vereint zu schlagen. Mit den Unternehmern des Buchdruckerwesens ist es zu einem Tarifabschluß gekommen, obwohl ein großer Teil der Buchdruckereibesitzer von einem Tarif mit dem Hilfspersonal absolut nichts wissen wollte. Der unausgesetzt geführte Kampf der Mitglieder jedoch zwang auch sie zu einer tariflichen Anerkennung, wobei die Gehilfen gute Unterstützung leisteten. Allerdings mußten für einige zurückgebliebene Gebiete Uebergangsbestimmungen geschaffen werden, um in den Tarif hineinzukommen. Wie richtig wir auf dem Tarifgebiet gehandelt haben, zeigte die Folgezeit. Durch die zentrale Bindung war es uns möglich, die Schäden der Geldentwertung für unsere Mitglieder zu mildern. Nur durch das Tarifabkommen gelang uns das, was die Berliner Bewegung Ende 1923 bewies. Dieses Vorgehen der Berliner Druckereiarbeiterkassette gab den Unternehmern mitkommenen Anlaß, von dem Tarif loszukommen. Die Unternehmern proklamieren sogar eine Aussperrung, hatten sich aber verreckel, da die Leitung der Verbände die Bewegung führte. Die Unternehmern weigerten sich darauf, mit uns einen neuen Tarif abzuschließen, wurden jedoch dazu gezwungen. Die vorläufige Faltung der Mitgliedschaften, vor allem der Leipziger Kollegenkassette, machte den Plan der Scharfmacher im Buchdruckerwesen, uns eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen, zunichte. Die weitere Entwicklung der Dinge ist bekannt. Gegner eines Reichstarfs gibt es in unseren Kreisen nicht mehr. Im Steindruckgewerbe wurde unausgesetzt gekämpft, um an die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Buchdruckerwesen heranzukommen. Schöne Erfolge wurden auch hier erzielt, ein weiteres Abkommen konnte jedoch nicht erzielt werden. Nach dem Verbandstag in Frankfurt a. M. wurden auch die Schriftgießereiarbeiter bei uns organisiert, sie sind reiflos organisiert. Auch in diesem Gewerbe hat sich bei den Unternehmern ein gewisses Scharfmachertum herausgebildet. Lohnbaugelüste, besonders beim weiblichen Personal, machen sich bemerkbar, augensichtlich setzen diese Kollegen und Kolleginnen im Kampfe. Schwer war die Verwaltungsarbeit im Verbands während der Inflationszeit, fast unmöglich war es, den Verband zu erhalten, da tam uns zur rechten Zeit Hilfe von unseren ausländischen Kollegen und Kolleginnen. Der Verbandsvorsitzende spricht unter Beifall des Verbandstages diesen Kollegen herzlichsten Dank für die Unterstützung aus. Während der Papiergeltzeit machte sich ein großer Zustrom von Mitgliedern zum Verband bemerkbar, der damals 55 000 Mitglieder zählte. Mit einem Ruck ging die Mitgliederzahl bei Einstellung des Notendrucks zurück, soviel Hilfspersonal war überhaupt nicht im Gewerbe unterzubringen. Heute zählt der Verband 38 000 Mitglieder, der Aufstieg ist ein gesunder, es geht langsam und stetig aufwärts. Durch Mangel an Mitteln waren wir nicht in der Lage, in den ersten Monaten 1924 die Unterhaltungsanordnungen aufrechtzuerhalten. Erst die Dresdener Konferenz führte mit einer Beitragserhöhung die Arbeitslosenunterstützung wieder ein. Zur Industrieretriebsfrage ist außerordentlich, meinte Kollege Bucher, daß gewöhnlich die Verbände Anhänger des Industrieretriebs sind, die dabei gewinnen können. Die nach dem Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses eingesezte Kommission, die Sitzungen über Sitzungen gehabt hat, konnte sich nicht einigen. Dort stehen sich die Ansichten entgegen. Zuerst beschäftigte sich dann eingehend mit den vom Genossen Dikmann geschaffenen Richtlinien für Industrieretriebsverbände. Der Redner wendet sich gegen einen beachtlichen Zwangsbeschluß des Gewerkschaftskongresses. Funktionen können nicht vorgenommen werden, wenn einige Teile ihr entgegenstehen. Gewinnen können wir dabei nichts, aber verlieren den ganzen Einfluß auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Hilfspersonal. Im graphischen Gewerbe gibt es keine Konzentration der Unternehmern, die die graphischen Verbände zu einem Industrieretriebs zwingen könnte. Die Zusammenarbeit der vier Verbände im Graphischen Bund ist gut. Wir sind nicht grundräftig gegen eine Fusion, die kommen muß, wenn die Notwendigkeit vorliegt. Bucher empfiehlt, die in Frankfurt a. M. beschlossene Resolution zum Graphischen Bund zu unterstützen. Mit dem Verbandsbeirat ist gut zusammengearbeitet worden, obwohl das manchmal technisch sehr schwierig war. Mit der Stabilisierung der gewerblichen Verhältnisse ist auch eine Stabilisierung der gewerkschaftlichen Auffassung Hand in Hand gegangen. Wir hoffen, daß diese Entwicklung so weiter geht. Wir glauben als Funktionäre unsere Pflicht getan zu haben.

Verbandskassierer Kobah verweist eingangs seiner Ausführungen auf die ständig herausgegebenen Kassen-

Berichte, die als bekannt vorausgesetzt werden können. Er gibt ein Bild von den Verhältnissen während der Infanzionszeit: Die Beiträge waren wertlos, Gehälter konnten nicht mehr gezahlt werden, das Erbkosten der Verbandszeitung mußte eingestellt werden. Mit Einführung der Festwährung zeigte es sich, daß viele Mitglieder nur auf dem Papier standen. Fleißig mußte gearbeitet werden am Aufbau des Verbandes und an seiner finanziellen Stärkung, doch es gelang, was der Redner durch Bekanntgabe der Kassenverhältnisse beweist. Aus der Infanzionszeit konnte ein Vermögenswert von 130 000 Mark gerettet werden, der hauptsächlich aus dem eigenen Hause des Verbandes in Charlottenburg besteht. Die weiteren Ausführungen des Redners deden sich mit der Besprechung des Tätigkeitsberichts des Verbandsvorstandes in der letzten Nummer der „Solidarität“.

Der Verbandsvorsitzende Schmid erstattet dann Bericht über die Tätigkeit des Bundes. Niemand konnte in Frankfurt a. M. ahnen, welche Zustände sich entwickeln würden. Fast das ganze Statut wurde wertlos und da hatte die Institution des Beirats genug zu tun. Leider lag fast die ganze Tätigkeit des Beirats auf den Schultern des Vorsitzenden, manche Mitglieder des Beirats haben sich zu passiv verhalten. Der Beiratsvorsitzende geht dann im einzelnen die Tätigkeit des Beirats durch, die den Mitgliedern durch die „Solidarität“ bekannt ist. Was auf einen untergeordneten Fall würde volle Uebereinstimmung mit dem Verbandsvorstand erzielt.

Der Redakteur Schulze berichtet über seine Tätigkeit an der „Solidarität“. Die Auflage der Zeitung beträgt zurzeit 40 000. Mit dem Zeitungsabkommen sind keine guten Erfahrungen gemacht worden. Die Anträge über eine Jugendbeilage und über die Redaktionskommission bittet der Redner abzusehen.

Wolter-Weipzig: Nach der Dresdener Konferenz haben sich die finanziellen Verhältnisse sehr gebessert. Es wäre also nicht nötig gewesen, sich stundenlang über die Arbeitslosenunterstützung zu unterhalten. Das eigene Haus des Verbandes hat darum großes Erkennen unter den Mitgliedern ausgelöst, weil nie in der Zeitung oder im Bericht darüber etwas gesagt wurde. Der Redner verbreitet sich dann über Abrechnungen und Formulare. Er ist erfreut über das gute finanzielle Ergebnis der Verbandstafel.

Günter-Berlin redet über den Industrieverband. Die Frage des Industrieverbandes ist keine Frage der Gewerkschaftsbewegung, sondern eine Frage der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Wäre sie nur eine Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung, käme sie aus den theoretischen spitzfindigen Erörterungen nicht heraus. Die Vorbedingungen für den Industrieverband sind im graphischen Gewerbe bei drei Verbänden gegeben. Es dreht sich beim Industrieverband um eine italienischstämmige, gewerkschaftliche Notwendigkeit. Der Redner wendet sich ferner gegen die Ausführungen des Kollegen Bucher zum Industrieverband. Er bittet um Annahme der Anträge Ellenach, Kiel, Neurode und um Ablehnung des Antrages Halle. Den Buchdrucker ist zu sagen: geht euren Widerstand auf gegen etwas, was die Entwicklung fördert.

Stoth-Berlin: Der Zusammenbruch des Berliner Streiks wurde nicht durch die Zeitung, sondern durch die politische Einstellung, durch die Maßnahmen der Berliner Behörden verursacht. Die Verbandsvorstände haben selbst versucht, auf das Oberkommando einzuwirken. Gewollt haben auch die Berliner Ortsleiter den Streik nicht, aber die Mitglieder waren erbittert über die rüchstandige Haltung der Unternehmer. Die Führer mußten sich, als der Streik beschlossen war, an die Spitze der Bewegung stellen. Der Streik hat natürlich einen Mittelbedrückung gebracht, dazu trug aber außerdem bei die durch Einstellung des Notendrucks geschaffene große Arbeitslosigkeit — 5000 Mitglieder waren in Berlin arbeitslos — und die Einführung der Festmarkbeiträge. Einwendungen gegen den Rat des Verbandshauses können nur gemacht werden falls ein Unkenntnis der Dinge. Dem Verbandsvorstand ist daraus kein Vorwurf zu machen, er hat ihm Dank für diese Maßnahme zu sagen, er hat dem Verband dadurch beträchtliche Geldsummen gerettet. Der Beirat sollte noch besser ausgebildet werden; die Institution hat sich bewährt. Mit dem Verbandsvorstand hat die Berliner Zählstelle gut gearbeitet. Dieser Zustand muß auch weiter bestehen bleiben.

Marg-Berlin ist mit der Redaktion der „Solidarität“ zufrieden. Er bemängelt aber einen Berliner Bericht, über den Abschluß des Reichstags, der vom Redakteur geändert

wurde. Die Einführung der Jugendbeilage muß möglich gemacht werden.

Kalb-Frankfurt a. M. dankt dem Verbandsvorstand für seine Arbeiten, die mühselig waren. Die Delegation seines Hauses drückt dem Verbandsvorstand volles Vertrauen aus. Der Standpunkt seiner Delegierten über den Industrieverband hat sich seit Frankfurt a. M. nicht geändert. Die Institution über den Beirat ist durch die Verhältnisse überholt. Mit der Redaktion sind wir einverstanden, die Schaffung der Jugendbeilage bittet er, der hohen Kosten wegen, abzusehen.

Spalhoff, Verbandsvorstand: Kollege Bucher wollte den Leitern des Berliner Streiks sicher keinen Vorwurf machen, die Arrangements des Streiks konnten die Situation nicht überleben. Ein großer Teil der Berliner Funktionäre war in der Verammlung, die den Streik beschloß, wie fanatisiert. Es ist zu wünschen und nach der Entwicklung in unserem Verbands aus zu erwarten, daß wir nicht wieder in eine ähnliche Situation geraten.

Lehmer-München: Mit der Geschäftsführung des Verbandsvorstandes sind wir einverstanden. Die Entscheidung über den Industrieverband von Frankfurt a. M. hat nach heute keine Geltung. Die Befürworter des Industrieverbandes haben noch nicht gesagt, welche Vorteile und Erfolge wir durch seine Schaffung erzielen. Die Buchdrucker haben mit ihrer Ansicht recht, praktisch haben wir mit ihnen fast den Industrieverband. Aber andere Brüder unseres Gewerbes, in München die Lithographen und Steinbrüder, müssen wir ihres gewerkschaftsähnlichen Verhaltens wegen ablehnen. Darüber wird später noch einiges zu sagen sein. Verbandsvorstand und Redaktion verdienen volles Vertrauen, an ihrer Tätigkeit ist nichts auszusetzen.

Nach der Mittagspause erstattet Stache-Berlin den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 66 Delegierte, außerdem vier Mitglieder des Verbandsvorstandes und der Redakteur. Er beantragt, da keine Beanstandungen vorliegen, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Der Verbandstag beschließt demgemäß.

Küster (Buchbinderverband) behandelt die Frage des Industrieverbandes und legt den Standpunkt seines Vorstandes dar. Durch die allmähliche Entwicklung im Gewerbe und die technische Vervollkommnung der Produktion, die die Grenzen immer enger zieht um das Arbeitsgebiet der vier graphischen Verbände, werden wir naturgemäß zum Industrieverband kommen. Ingegen wird sich niemand sträuben können.

Larm-Danzig überbringt die Grüße der Danziger Kollegenschaft, die schon etwas weiter mit dem Industrieverband gekommen ist. In Danzig besteht ein Tarif für alle vier Arbeiterkategorien. Wenn nur erst ein Anfang gemacht ist, geht es besser vorwärts. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Abrechnung Danzigs vom Reich. Das Organisationsverhältnis in Danzig leidet unter dem Mangel an Funktionären.

Häfmann-Essen: Gegen den Geschäftsbericht des Vorstandes ist nichts einzuwenden, die Fehler in der Infanzionszeit können dem Vorstand nicht zugeschrieben werden. Der Beirat ist überflüssig geworden, die Einrichtung ist zu umständlich, vielleicht könnte man die Beiratsmitglieder aus Berlin nehmen. Der Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen von Günter-Berlin über den Industrieverband. Die Mitglieder müssen wir dazu erziehen, und wie es mit deren geistigen Regsamkeit bestellt ist, hat uns der Redakteur klar gesagt. Nicht nur auf dem Verbandstag, in den Beiratsarbeiten muß für den Industrieverband gearbeitet werden, müssen die Mitglieder zum Lesen der Verbandszeitung angehalten werden.

Hein von der Hamburger Ortsgruppe der Buchbinder: Durch die Zusammenlegung der Verbandszeitungen, durch Vereinheitlichung der Verwaltungen, können Arbeit und Mittel gepart werden. Das ist schon ein Vorteil, den uns der Industrieverband bringen kann. Aufgabe eines Gewerkschaftskongresses kann es allerdings nicht sein, den Zusammenfluß zu erwirken. Darüber haben nur die Mitglieder zu entscheiden.

Hielemann-Weipzig: Mit der Tätigkeit des Vorstandes sind wir einverstanden. Unseren österreichischen Kollegen und Kollegen ist der Dank für ihre Unterstützung gewiß. Wenn ist unsere Kollegenschaft dem Ruf des Vor-

standes zum Kampf für den Achtstundentag gefolgt, und wir freuen uns, daß wir mit dazu beigetragen haben, zu neuen Tarifverhandlungen zu kommen. Der Beirat muß uns erhalten bleiben, aber bemesslicher gestaltet werden. Wir sind unbedingt Anhänger des Industrieverbandes. Politische Liebeserklärungen nützen allerdings nichts; die Voraussetzungen dafür müssen geschaffen werden. Ohne die Buchdrucker hat der Industrieverband keinen Wert.

Hefmann-Berlin schließt sich dem Vertrauensantrag für den Vorstand an. Die Schaffung einer Jugendbeilage kann nicht mit einer Handbewegung abgetan werden. Wir müssen unbedingt mehr Bildungsmöglichkeiten für unsere jugendlichen und weiblichen Mitglieder schaffen. Im Rheinland ist der Versuch gemacht worden, durch Anstellung eines Sekretärs in Düsseldorf, Trier, Saarbrücken vorwärts zu kommen. Der Versuch ist fehlgeschlagen. Wenn wir einmal zum Industrieverband kommen, müssen wir uns so gefestigt haben und auch finanziell so stark sein, daß man uns nicht an die Wand drücken kann.

Heermann-Dresden wendet sich gegen die Ausführungen von Günter. Der graphische Industrieverband wird und muß kommen, dazu werden Entwicklung und Unternehmern drängen. Wir müssen mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Das Verhältnis zwischen den Mitgliedern der graphischen Organisations müssen wir zu bessern versuchen. Der Redner wünscht zum Schluß eine Verständigung auf Grundlage des Antrages Ellenach.

Günter-Berlin: Die Berliner Streikleiter hatten die Pflicht, sich an die Spitze des Streiks zu stellen. Sie haben dadurch die Organisation in Berlin gerettet. Gewerkschaftliche Politik können wir natürlich nicht nach halbeschem Muster über den Industrieverband treiben. Sicherlich können wir nicht ohne die Buchdrucker zum Industrieverband kommen, die noch Gegner sind. Dem hier eingegangenen Antrag, wieder die Entschließung von Frankfurt a. M. zu erneuern, können wir nicht zustimmen.

Seh vom Buchdruckerverband: Der Vorredner hat geirrt, wenn er meint, daß der Berliner Streik nichts mit gewerkschaftlicher Ueberlegung zu tun gehabt hat, das kann aber auf seine Ausführungen bezogen werden. Wir Buchdrucker haben unsere organisatorische und solidarische Pflicht gegen die Hilfsarbeiter getan. Die Frage des Industrieverbandes wird bei uns nicht grundsätzlich entschieden. Wir haben ein förderliches System im Aufbau unseres Verbandes, das wir nicht aufgeben wollen und werden. Die anderen drei Verbände bevorzugen die streng zentralistische Form. Gerade unsere radikalen Kollegen wollen dieses System nicht aufgeben, lieber verzichten sie auf den Industrieverband. Wir sind Anhänger des Industrieverbandes, den die Entwicklung bringen muß. In verschiedenen anderen Verbänden haben die Mitglieder und nicht die Führer gegen den Industrieverband entschieden. Durch die Zusammenlegung der graphischen Verbände würden in diesen Bereichen Anstellungen notwendig sein, so daß diese Organisationsform bestimmt keine Entparnas bringen würde. Wenn sich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses ergibt, werden wir Buchdrucker nicht zurückstehen.

Spreke, Verbandsvorstand: Die Frage der Organisationsform ist so alt, wie die Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Wir wollen sie als reine Zweckmäßigkeitfrage im Interesse unserer Mitglieder entschieden wissen. Sie ist keine Frage der Führer, sondern der Mitgliedschaft, und die Anhänger des Industrieverbandes würden vielleicht sehr enttäuscht werden, wenn sie die Ansicht der Mitglieder kennen lernten. Welche Machtmittel hat der I.D.G.B., eine Gewerkschaft zu zwingen? Wahrscheinlich werden dem Bund größere Bewußnisse eingeräumt werden. Die Verhältnisse in Danzig sind mit den allgemeinen Verhältnissen nicht im Einklang zu bringen. Bucher hatte gar nicht die Absicht, der Berliner Verwaltung einen Vorwurf über den unglücklichen Ausgang des Streikes zu machen. Aber nicht immer darf man solchen Stimmungen Rechnung tragen. Die Frankfurter Entschließung ist viel weitergehend als der Essener Antrag, das übersehen wohl seine Befürworter. Wie steht es denn mit der Schaffung des Industrieverbandes von unten aus? Diese Tätigkeit der Mitglieder ist viel zu wünschen übrig. Die Diktatur von oben wird keinen Industrieverband zustande bringen, mit dem die Mitglieder einverstanden sein können.

Schluß 145 Uhr.

„Wollt dem Kaiser wied'rum trlegen“

Walm 44, B. 15: Herr! Du machst uns zum Geßpött der Völker und zum Kopfschütteln der Nationen.

Es war in den ersten Dezembertagen 1914. Saterment, der Deuwel los! — Tsching — tsching! — Bumm — bumm! — Trara — trara! — Die Straßen überflutet mit weggeworfenen Flugblätter — aus den Dachluten spiechten Fahnen. Trudel und Gebrüll.

„Geuth, was is 'n los?“
„Was? — Sie willent's noch nöt?! — Sie altbackenes Satzfangler, von wo sind Sie gewest? — Wieviel Jahr hab'n 'S denn gehabt, daß Sie erst übermorgen aufkommon han?“ — Der Schlag wird Es treffen: Potiorek hat Belgrad eingenomm!“

Die nur noch sporadisch vorhandenen Schülervereinsmitglieder — rekrutiert aus zweibeiniger Ausschuhware, Tachenern (Kosgeßwindellen) und sogenannten Händkörnchen — suchten ihre Uniformhosen mit den nadelbreitreifen, roten Generalsfahnen heraus — fuhren mit der Bürste über Waffenrad, Stöbeln sowie Schnauzbart — und fort ging es in die Kirche zum Dankgottesdienst.
„Fisch schmagt 's Vater aus in der Mantel.“ — sagte 's Beperl zu Muttern — „woann 'r nur net goar als a faudmünn G'sicht häit!“

Der Spaß dauerte aber nur ein paar Tage — dann hatten die Oesterreicher neuerdings ihre Gewohnheitsregel erwischt und mußten mit verlebtem Hosenhintern Stadt und Festung Belgrad wieder räumen. Prinz Eugenius, der edle Ritter — alias Potiorek — wurde abgesetzt.
Vorkünftig freute man sich jedoch noch in Wien und dem eingemeindeten Mittelsreich ganz blödsinnig. — „Was san d' mir für forche Beitel! — Wir reiß'n d'r Welt no a Saxen auf!“

Dem alten Franz mußte man natürlich eine Freude bereiten: durch eine symbolische Handlung, durch eine in feierlicher Form angeordnete Schöffelgewalt sollte dem obersten Kriegsherrn die Festung Isajulagen übergeben werden. Also schmissen sich ein paar alte, verfallte Hofkranzen in Wids und Gals — benagelten ihre watterieren Selbdenbrütle mit allerlei Eiern, Stern'n und Wierwaren — schlugen um ein spruchbeständes Sofaßissen (eben wegen diesem Spruch) ein Stück schwarzgeßtes Gestriffe Seils, legten einen mordstrumm Schußel darauf und bewegten sich nur wie nichtfranke, dumklaterte Robodomatis (Gelpenstieraffen) in spanischem Jeremonek zur Aublen.

Beim Franz war es wirtlich schon ein bißl arg im Kopf. Durch die viele Kerzererei und das hohe Alter war er bereits ganz albern geworden; außerdem war das Weßel seit jeder in der Familie Habsburg erblich.

Na, der alte Franz haunnt fragend an dem Tag gläserne Gartenbestäupel, was denn eigentlich diese uniformierten Kaiserin und Schloßbesüßnerin da angeßloppelt bringen. W-a-a-a-a, einen Schußel? — W-ah! — aba! — schon war Franz im Hilde — wirtlich schon, zu was der Schußel gehörte: Gebarmkabinett — almmo er täglig ein wichtiges Regierungsverhältnis Alorhöchsteßel abzuwickeln gerühte. Wohlweislich wollte man ihm eine Übung erweisen, ihm foriad den Schußel täglig am Hüldigungspostler durch eine Deputatlon überreichen. Da — ja! — so'n Monarch hat einen riesigen Pflichtenkreis, Aber für heute war es zu spät; schon erledigt.

Der Sprecher: „Majestät Prinz Eugenius, der edle Ritter, wollt dem Kaiser wied'rum trlegen Stadt und Festung Belgrad. — W. M. Majestät's glorreiche Armee — mit ungeßhämten Vorwärtsdrängen — — schreit von Sieg zu Sieg — — mit unvürderßlichem Maderßtaßigkeit Belgrad genommen — — das hegreiche Heer legt Em. Majestät die eroberte Festung zu Füßen.“ — W. M. — wie halt der Schmus und Seltoris bei solchen byzantinischen Jarckelmaden immer lautete.

Der alte Franz fiel heute aus einem Erstaunen ins andere. War der Schußel also doch nicht für hinten am Gangelben — Ganz überraschende Wendung. Franz sah die ernstschloßigen Doeren Deputatloner huldboll und erkrant an; wie das so zu seinen landesadertlichen Aufgaben gehörte. Geßernt ist gefernt!

„Sofasol — Also mit Radeßtaßigkeit haben die Truppen Belgrad genommen. — Sofasol — Na, ist ja schön! Aber ich sehe es nicht gern, wenn die Keris, meine Soldaten, so viel lausen.“

— — — Stilles Staunen. — — —

Die uniformierten Deputatloner betamen ob dieser kaiserlichen Auslassung einen Anleßmacher. Nach Erholung von der Uebermüßigung gefaltete sich der Sprecher alleneruntertänigt und dewotest zu berichten, daß Radeßtaßigkeit kein Schmay — was etwa Radeßtaßigkeit — sei, sondern der kriegerische Geiß, den der Vater Radeßtaß auf die Armes prereribe.

„Sofasol“ gerühte Majestät huldbollst zu bemerken, und simulieretes Gedächtnis. — „Der alte Radeßtaß! — hm! — hm! — hm! — der muß auch bei heßern Dreck dabei sein.“ — Na, geben wir ihm halt 'nen schönen Orden, und 'n Prinz Eugenius können wir ja besörderen. Was hat'n der jetzt für 'ne Charge?“

Das war zu stark! — Das alte Hofstokobit, dem die Ehre der Schußelüberreichung ausgeteilt war, bekam in seiner Konfemtertheit zum Anleßmacher auch noch 'nen nervösen Kurzschuß! — Ihn entgilt der selbstüberßlagene Geßapaffter samt Festungsschußel aufs Partett — die Seide löste sich, und auf dem nun entßöhlichen Kissan las man die umtöndel Worte:
„Nur ein Wortelßtündchen!“

Andere Tagess hatten die Oesterreicher Belgrad schon wieder verlorrt.

R. Sach, Karlsbad, in „Die Reichstratet“.

Tarif. Mindestlöhne für das Buch- u. Zeitungsdruckerhilfspersonal, gültig ab 4. Juli bis 31. Dez. 1925

Männliche Hilfsarbeiter im Alter von

Ortszuschlag	Über 24 Jahren			21 bis 24 Jahren			19 bis 21 Jahren			17 bis 19 Jahren		
	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage
	RM.	PF.	RM.	RM.	PF.	RM.	RM.	PF.	RM.	RM.	PF.	RM.
0 Prozent	81,08	06	1,82	26,88	56	1,12	24,—	50	1,—	20,16	42	0,84
2 1/2	82,47	08	1,85	27,55	57	1,15	24,60	51	1,02	20,68	43	0,86
5	83,28	09	1,83	28,22	58	1,17	25,20	52	1,05	21,17	44	0,88
7 1/2	84,06	11	1,42	28,90	60	1,21	25,80	54	1,07	21,67	45	0,90
10	84,85	12	1,45	29,57	62	1,23	26,40	55	1,10	22,18	46	0,92
12 1/2	85,64	14	1,48	30,24	63	1,26	27,—	56	1,12	22,68	47	0,94
15	86,43	16	1,52	30,91	64	1,29	27,60	58	1,15	23,18	48	0,96
17 1/2	87,22	18	1,55	31,58	66	1,31	28,20	59	1,17	23,69	49	0,99
20	88,02	20	1,59	32,26	67	1,35	28,80	60	1,20	24,19	50	1,01
22 1/2	88,81	21	1,62	32,93	68	1,37	29,40	61	1,23	24,70	51	1,03
25	89,60	22	1,65	33,60	70	1,40	30,—	63	1,25	25,20	52	1,05
Hannover	40,32	84	1,63	34,59	72	1,43	31,10	65	1,28	25,50	53	1,11
Dresden, München, Stuttgart	41,18	86	1,71	35,23	74	1,47	31,76	66	1,32	27,06	54	1,18
Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Leipzig	42,—	88	1,75	36,—	76	1,50	32,40	68	1,35	27,00	56	1,15

Weibliche Hilfsarbeiter.

Ortszuschlag	Anlegerinnen im Alter von									Ortszuschlag	Sonstige Hilfsarbeiterinnen im Alter von								
	Über 21 Jahren			19 bis 21 Jahren			17 bis 19 Jahren				Über 21 Jahren			19 bis 21 Jahren			17 bis 19 Jahren		
	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage		Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage	Wochenlohn	Stb.-lohn	Zulage
0	21,50	45	0,80	19,07	42	0,88	18,05	38	0,75	0	17,28	36	0,72	15,74	33	0,65	14,21	30	0,59
2 1/2	22,04	46	0,92	20,47	43	0,84	18,50	39	0,77	2 1/2	17,71	37	0,74	16,14	34	0,67	14,58	30	0,60
5	22,68	47	0,94	20,97	44	0,88	18,96	39	0,79	5	18,14	38	0,76	16,58	34	0,69	14,92	32	0,62
7 1/2	23,12	48	0,97	21,47	45	0,90	19,40	40	0,81	7 1/2	18,58	39	0,78	17,02	35	0,70	15,27	32	0,63
10	23,05	49	0,98	21,96	46	0,91	19,85	41	0,82	10	19,01	40	0,79	17,32	36	0,72	15,63	33	0,65
12 1/2	24,10	50	1,01	22,40	47	0,98	20,30	42	0,84	12 1/2	19,44	41	0,81	17,71	37	0,74	15,98	33	0,66
15	24,78	52	1,03	22,96	48	0,95	20,78	43	0,87	15	19,87	41	0,83	18,11	38	0,76	16,34	34	0,68
17 1/2	25,27	53	1,06	23,46	49	0,98	21,24	44	0,89	17 1/2	20,30	42	0,84	18,50	39	0,77	16,69	35	0,69
20	25,80	54	1,07	23,98	50	1,—	21,68	45	0,90	20	20,74	43	0,87	18,89	39	0,78	17,05	36	0,71
22 1/2	26,34	55	1,10	24,48	51	1,02	22,11	46	0,92	22 1/2	21,17	44	0,88	19,29	40	0,81	17,40	36	0,72
25	26,88	56	1,12	24,96	52	1,04	22,56	49	0,94	25	21,60	45	0,90	19,68	41	0,82	17,76	37	0,74
Hannover	23,11	53	1,17	26,27	55	1,10	23,98	50	1,—	Hannover	23,04	48	0,98	21,20	44	0,89	19,76	41	0,83
	23,69	60	1,19	26,81	56	1,11	24,48	51	1,02		23,52	49	0,98	21,64	45	0,90	19,76	41	0,83
	24,28	61	1,22	27,36	57	1,14	24,98	52	1,04		24,—	50	1,—	22,08	46	0,92	20,16	42	0,84

* Dresden, München, Stuttgart.
† Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Leipzig.

In Orten bis einschließlich 10 Prozent Ortszuschlag, in denen insgesamt nicht mehr als 20 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt sind, ermäßigen sich die vorstehenden Sätze um 10 Proz. (§ 4 Ziffer 5 des Reichstarif).

Wieder einmal gescheiterte Lohnverhandlungen im Schriftgießergewerbe.

Der bis zum 26. Juni gültige Lohnvertrag im Schriftgießergewerbe ist von den Arbeitnehmern gekündigt, und eine Forderung von 20 Prozent auf die bestehenden Löhne erhoben worden. Trotz des sehr guten Geschäftsganges lassen die Unternehmer durch ihren Vorstehenden Gieseler, Leipzig, erklären, daß sie aus sich heraus Zugeständnisse irgendwelcher Art nicht machen können. Wenn sie durch irgendeine Instanz hierzu gezwungen würden, so müßten sie sich dem Zwange wohl fügen, müßten dieser Stelle aber auch die Verantwortung hierfür überlassen. Ein altes Weib, das schon vor den Schriftgießereibessern andere Unternehmer gelungen haben, weshalb man auch der Ansicht war, daß es wohl heute keinen Unparteiischen geben würde, der hierauf, ohne die Verhältnisse des Gewerbes eingehend zu prüfen, ohne weiteres hereinfallen würde. Leider wird durch nachfolgende Zeiten aber festgestellt werden müssen, daß diese Annahme eine irrtümliche war. Nachdem die Verhandlungen nach am selben Tage bei dieser Einstellung der Unternehmer resultatlos abgebrochen werden mußten, riefen diese beschleunigt das Reichsarbeitsministerium an, welches bereits für den 23. d. Mts. Einigungsverhandlungen unter Vorsitz des Reichswirtschaftsgerichts Dr. Königsberger ansetzte, die ebenfalls zu keinem Ergebnis führten, so daß nunmehr unter der Leitung desselben Vorstehenden eine Schlichtungskammer gebildet wurde. Nach mehrstündigen Beratungen wurde dann mit den Stimmen der Unternehmer und des Unparteiischen ein Schiedspruch gefällt, der eine unveränderte Verlängerung des jetzigen Lohnabkommens auf weitere zwei Monate vorschlug.

Gepannt waren die Arbeitnehmer auf die Begründung, die der Vorstehende dieser Spruchfällung geben würde. Sie mußten allerdings mit Erstaunen hören, daß wohl einige Lebensmittel und Bedarfsartikel teurer geworden sind, andere dagegen aber billiger geworden wären. Vorstehergewisse unterließ es der Herr Vorstehende aber, letztere anzuführen. Es wäre ihm zweifellos auch sehr schwer gefallen, einige zu nennen. Man weiß nicht recht, soll man sich über diese Paradoxie wundern, mit der man der Arbeiterschaft solche Märchen aufbinden will, oder soll man der Auffassung gefangen, daß es Leute gibt, denen die wirtschaftlichen Dinge auf der Erde völlig fremd sind und die auf dem Monde leben.

Daß sich die Arbeiterschaft mit diesem Schiedspruch nie und nimmer abfinden würde, war vorzuzusehen. Nach der Berichterstattung über das Ergebnis dieser Verhandlungen, ist nach den eingegangenen Mitteilungen in allen Großstädten geschlossen die Einreichung der Kündigung beschlossen und bei Wahrung dieses Berichtes auch durchgeführt worden. Daß die Verbandsvorstände diesen Schritt der Belegschaft mit allen Mitteln unterstülzen werden, ist selbstverständlich. Unser Verbandstag hat diesen Standpunkt bei seinem Zusammentritt nachdrücklich unterstrichen.

Der Kampf um die Zollvorlage.

Die von der Regierung eingebrachte kleine Zollvorlage ist im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat beraten worden, sie ist in diesen Tagen dem Reichstag zur ersten Lesung zugegangen. Damit ist der Kampf um die Zollvorlage in sein letztes entscheidendes Stadium getreten, obwohl erst wenige

Wochen verfließen sind, seitdem er überhaupt in vollem Umfange erörtert worden ist.

Es ist nötig, bevor man sich mit der Vorlage im einzelnen befaßt, auf diese Taktik der Regierung, auf diesen Versuch, die Zollfrage mit allen Mitteln durchzuzupfeifen, immer wieder hinzuweisen. Obwohl beispielsweise der Reichswirtschaftsrat jetzt mehr als einem halben Jahre immer wieder von der Regierung verlangt hat, daß ihm endlich die Vorlage der Regierung zur eingehenden Beratung unterbreitet werden, hat die Regierung die Eröffnung der öffentlichen Diskussion immer wieder hinausgezögert. Erst am 19. Mai ist der Gesetzentwurf über Zolländerungen, die sogenannte kleine Zollvorlage, dem Reichswirtschaftsrat in vollem Umfange, nämlich einschließlich der wichtigsten Positionen, der Zölle auf Lebensmittel, vorgelegt worden. Gleichzeitig mit dieser verspäteten Vorlage legte nun aber das schärfste Drängen der Regierung ein, die Beratungen auf das äußerste zu beschleunigen. In seinem offiziellen Bericht über die Ergebnisse seiner Beratungen betraugt sich der verstärkte Zollausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates über dieses Drängen der Regierung. Während der Reichswirtschaftsrat den Wunsch gehabt hatte, sich mit der Angelegenheit ganz ausführlich zu befassen, hat der Zollausschuss den an ihn gestellten Anforderungen der Regierung in nur 4 Sitzungen genügen müssen. Obwohl vor allem durch das energische Vorgehen der Arbeitervertreter in die Beratungen alle nur mögliche Gründlichkeit hineingetragen worden ist, hat die Regierung beim Reichswirtschaftsrat ihre Absicht, die Beratungen sehr abzukürzen, leider in ziemlichem Umfange erreicht.

Dieselbe Taktik, die Beratungen mit allen Mitteln zu beschleunigen, und damit die Möglichkeit einer gründlichen Prüfung zu vertzieren, soll nun wieder im Reichstag befolgt werden. Auch hier wird sie auf den entsetzlichen Widerstand, vor allem bei den Vertretern der Arbeiterschaft stoßen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Reichstag seine Zustimmung in einer so wichtigen und für unsere ganze wirtschaftliche Zukunft entscheidenden Angelegenheit gibt, ohne daß alle Mittel zu einer gründlichen Prüfung vorher angewandt wurden.

Das offensichtliche Bestreben der Regierung, eine solche Prüfung zu verhindern, spricht bereits sehr gegen den tatsächlichen Wert ihrer Vorlage. Wenn wir uns diesen Gesetzentwurf zunächst in seiner Gesamtheit ansehen, so erkennen wir sehr bald seinen wahren Charakter. Was hier dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft auferlegt werden soll, ist ein System des fast lächerlichen Hochzollwesens. Der Zoll ist lächerlos, denn er umfaßt nicht nur die industriellen Fertigfabrikate, sondern auch eine große Reihe von Rohstoffen der Industrie (Kohleisen) und der Landwirtschaft (Werkzeuge). Er enthält vor allem auch, was für die Massen der Verbraucher am wichtigsten ist, einen fast lächerlichen Zollfuß aller Lebensmittel, einschließlich der Hauptnahrungsmittel der ärmsten Klassen der Bevölkerung, Brot, Kartoffeln und Margarine. Und es ist ein ausgeprägter Hochzollfuß, denn gegenüber den gewiß schon nicht niedrigen Zöllen der Vorkriegszeit sind in dem Regierungsentwurf beträchtliche Erhöhungen, zum Teil Verdoppelungen und Verdreifachungen, vorgelesen, und bei einzelnen Erzeugnissen, wie z. B. bei den für die Landwirtschaft so wichtigen Motorerzeugnissen, beträgt der neue Zollfuß sogar das 20fache der Vorkriegszeit.

Da, wie wir gesehen haben, die Regierung den parlamentarischen Körpern schon wenig Zeit zur Prüfung der Vorlage gelassen hat, und noch weiter zu lassen gedenkt, so sollte man wenigstens annehmen, daß diese Vorlage selbst

auf das allergründlichste vorbereitet worden, und daß vor allem die amtliche Begründung, die die Regierung dazu gegeben hat, ein Muster von Sachlichkeit und wissenschaftlicher Gründlichkeit wäre. Es ist jedoch das genaue Gegenteil festzustellen. Wie überaus dürrig und wissenschaftlich unhaltbar diese Begründung der Regierungsvorlage ist, das zeigt die einmütige Ablehnung, die sie in den Kreisen der Wirtschaftswissenschaftler gefunden hat. Der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, Geheimrat Jarms, hat bei seiner Vernehmung vor dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine Meinung darüber klar und hart in dem Satz zusammengefaßt: „Wissenschaftlich ist diese Vorlage Matulatur“, und Professor Bedmann, der Vertreter der Volkswirtschaftslehre an der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn, sagte von dieser Begründung, daß sie miserabel ist, und daß sie verdient, daß deshalb der Zoll durchfällt.

Wir stehen also vor dem Schauspiel, daß das deutsche Volk in einer der wichtigsten Schicksalsfragen, von der die ganze künftige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens abhängt, in eine Entscheidung hineingeht werden soll, ohne daß man den eingehenden Körperlichkeiten genügend Zeit zur gründlichen Prüfung läßt, und noch dazu zu einer Entscheidung, die von den Vertretern der Wissenschaft fast übereinstimmend als völlig unsinnig und den Interessen der deutschen Wirtschaft direkt zuwiderlaufend bezeichnet wird. Die warnenden Stimmen der Wissenschaft drohen ungehört zu verhallen. Die Reichsregierung und vor allem der Reichs-ernährungsminister, Herr Graf Ranitz, scheinen vor ihnen keinen allzu großen Respekt zu haben. So besteht die allergrößte Gefahr, daß das deutsche Volk trotz aller Warnungen in den Abgrund hineintaumelt, daß es sich selbst den Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg verbaut, und das vor allem den Massen der Verbraucher unerträglich Lasten auferlegt werden, um wenigen Begüterten die Taschen zu füllen, wenn sich nicht noch in letzter Stunde eine entschlossene Macht findet, die sich diesem Treiben entgegenstellt. Nach der ganzen Lage der Dinge ist zu dieser historischen Aufgabe, die, wenn sie gelingt, später einmal als die wirtschaftliche Rettung Deutschlands bezeichnet werden wird, nur eine Klasse berufen und imstande: die organisierte Arbeiterschaft, und die organisierten Massen der Verbraucher. Sie müssen mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß diese Angelegenheit nicht über das Knie gebrochen wird, und daß die von der Regierung immer wieder fabotierte gründliche Prüfung und eingehende öffentliche Diskussion jetzt endlich erfolgt. Sie müssen, wenn es not tut, ihre Stimme so kräftig erheben und ihrer Empörung über den beabsichtigten Raubzug weniger mächtiger Großproduzenten einen so machtvollen Ausdruck verleihen, daß sie nicht überhört werden können. Sie müssen vor allem das gesamte Volk und in erster Linie die arbeitenden Massen bis in den letzten Arbeiterhaushalt hinein unermüdet aufklären. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau muß begreifen lernen, daß es sich um ihre allerpersönlichsten Angelegenheiten handelt, die hier beraten werden, und daß sie es sehr bald auf das allerhandgreiflichste am eigenen Leibe und im eigenen Haushalt verspüren werden, wenn sie es jetzt zulassen, daß man über ihren Kopf hinweg die wirtschaftlichen Angelegenheiten nur nach dem Willen des Großkapitals in Industrie und Landwirtschaft entscheidet.

Welche ungeheuren Werte hier in Frage stehen, wie groß die Summen sind, die die Zollinteressen bei dieser Gelegenheit zu verdienen gedenken, und wie erbrüchlich die Belastung ist, die dabei auf den einzelnen Haushalt entfällt, dafür setzen kurz einige Zahlen angedeutet. Allein die Agrar-zölle, die Zölle auf Brotgetreide und Viehprodukte brachten noch sorgfältigen wissenschaftlichen Berechnungen vor dem Kriege der Landwirtschaft einen Sondergewinn von 1 1/2 Milliarden Mark jährlich. Die Belastung des einzelnen Arbeiterhaushaltes schwankt natürlich je nach der Zahl der Familienangehörigen und je nach dem Einkommen. Und gerade das ist ja das Unsoziale an dieser Belastung, daß sie um so schwerer wird, je ärmer die Familie, und je geringer ihr Einkommen ist. Denn gerade die Familie mit dem niedrigsten Einkommen muß den größten Teil ihrer Gesamtausgaben auf die unentbehrlichsten Lebensmittel verwenden. Nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit dürfte damit zu rechnen sein, daß die geplanten Lebensmittelsätze den Haushalt einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie mit etwa 150,— Mark jährlich belasten werden, einer Ertragsausgabe, die natürlich an anderen Ausgaben, und wenn sie noch so nötig sind, gewaltfam erpart werden muß. Daß für die Arbeiterschaft keinerlei Aussicht besteht, diese Sonderbelastung durch Lohnerhöhungen abzuwälzen, dafür dürfte durch die Ergebnisse aller Lohnverhandlungen in der letzten Zeit der deutlichste Beweis geliefert worden sein.

Es ist eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftspresse, an dieser Aufklärungsarbeit mit allen Kräften mitzuwirken. Aus diesem Grunde sollen alle wichtigen Fragen des zur Beratung stehenden Zolltarifes, in erster Linie natürlich immer die Lebensmittelsätze, und ebenso alle wichtigen Entscheidungen, die sich aus der weiteren parlamentarischen Behandlung nach ergeben können, an dieser Stelle eingehend und sachkundiger Seite erörtert werden.

Tagung des Bundesausschusses.

Gegen die Scharfmacher im Unternehmerlager.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am 12. Juni zu einer zweiwöchigen Sitzung zusammen. Er beschäftigte sich zunächst mit der Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände über Arbeitsarbeitspolitik, Wirtschaftskrisis und Währung. Als Antwort auf diese Denkschrift und zugleich als Warnung an die Reichsregierung, den Forderungen der Unternehmer zu folgen, faßte der Bundesausschuss die nachstehende Entschlossenheit:

„Die am 12. Juni von der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ an die Reichsregierung gerichtete neuerliche Denkschrift über Arbeitsarbeitspolitik, Wirtschaftskrisis und Währung veranlaßt den Ausschuss des ADGB, gegen die völlig falsche und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften vertretenen Lohn- und Arbeitszeitpolitik ernsthafte Verwahrung einzulegen. Die Unternehmer haben wiederholt in Denkschriften an die Regierung und in der Öffentlichkeit den von ihnen mit allen Machtmitteln verteidigten Standpunkt, durch Tiefhalten der Löhne, ver-

bunden mit noch weiterer Drosselung des Konsums der Massen, und durch unerträgliche Verlängerung der Arbeitszeit die Schwere der deutschen Wirtschaft zu überwinden, zu rechtfertigen versucht. Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets den von den Unternehmern geforderten Weg als durchaus falsch, als unerträglich für die deutschen Arbeitnehmer und auch als für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt und bekämpft. Sie werden dies auch weiter tun.

Deutschland frant nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und der Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der durch den Weltkrieg und seine Folgewirkungen zerstörten deutschen Wirtschaft aufzuerlegen.

Der Reallohn der breiten Schichten der deutschen Arbeitnehmer ist noch immer sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit. Ueber diese Lasten kann der etwas höherliegende Lohn einiger weniger, für die Gesamtwirtschaft der Zahl nach unbedeutender Gruppen von Facharbeitern nicht hinwegtäuschen. Die Löhne in den außerdeutschen Ländern liegen teils ganz beträchtlich über den deutschen Löhnen, und selbst wo sie nominell den deutschen Löhnen gleich sind, zeigen sie im Gegensatz zu Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentliche Erhöhung, so daß die deutsche Industrie im Wettbewerb mit diesen Ländern von der Lohnseite her heute mindestens nicht ungünstiger als früher gestellt ist.

Die direkten Soziallasten sind, gemessen an der allgemeinen Geldwertung, nicht über die Belastung in der Vorkriegszeit hinausgewachsen. Soweit durch Entlassungsschuld und dergleichen früher eine indirekte Soziallast entstand, ist solche längst mit den Demobilisationsbestimmungen verschwunden. Der Unternehmer ist daher in der Lage, uneingeschränkt von sich aus die Arbeits- und Betriebsführung durchzuführen. Das Ausland, das bis zum Kriege als sozialpolitisches Gebiet hinter Deutschland zurückstand, war genötigt, gleichfalls soziale Einrichtungen zu schaffen, deren Kosten sogar in einigen Ländern beträchtlich über die Aufwendungen der deutschen Wirtschaft hinausgehen.

Die Behauptung, daß Produktion und Güterumsatz heute nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 Proz. über dem Vorkriegsstand liegen, ist unfundiert und beweislos. Weder ist die behauptete Kostensteigerung beweisbar — Lohnhöhe und Soziallast beweisen sogar das Gegenteil —, noch kann die Vereinigung der Arbeitgeberverbände irgendeinen Beweis erbringen, daß die Produktivität auf 70 Proz. gesunken sei. Die Arbeitsintensität ist allgemein gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gestiegen. Stärkere Anspannung des einzelnen Arbeiters hat den Ausfall an Arbeitszeit mindestens ausgeglichen, wenn nicht überhöht. Aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit ist Deutschland im Wettbewerb nicht ungünstiger gestellt, weil auch das Ausland, meist in sehr viel stärkerem Ausmaße wie Deutschland, die Arbeitszeit verfürzte.

Wenn trotzdem die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedroht ist, so liegt die Ursache in der volkswirtschaftlich einseitigen Stellungnahme weiter Unternehmertreife, die nach wie vor trampschaft bemüht sind, in Gewerbe, Handel und Bankwesen die faktulatorisch ungelunden Grundlagen der deutschen Wirtschaft aufrechtzuerhalten, und sich wehren, endlich die nötigen Voraussetzungen für den notwendigen Preisabbau vorzulegen. Der ADW hat — bisher leider vergeblich — immer wieder auf die allein von Industrie, Handel und Banken zu schaffenden Voraussetzungen für eine endliche Befundung hingewiesen.

Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterstützen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht.

Die Arbeitgeber sind, wie die Dentschrift und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter gewillt. In dieser ersten Stunde erhebt der Bundesausschuß des ADW seine warnende Stimme. Die Gewerkschaften nehmen den Kampf auf in dem Bewußtsein, daß sie die kulturelle Zukunft der Masse des deutschen Volkes zu verteidigen und zu sichern haben. Die deutsche Wirtschaft kann nur dann vor gefahrloosen und tiefstufwühlenden Kämpfen bewahrt werden, wenn die deutschen Unternehmer endlich begreifen, daß nicht die weitere Verelendung der Arbeiter zur Gefundung führt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch höhere, zweckvolle Technisierung, energiegelbe Auslastung aller überflüssigen und veruernden Glieder in Industrie, Handel und Geldverkehr, durch Befristung auf volkswirtschaftlich tragbare Gewinnquoten und durch endliche Preisgabe des durch Krieg und Inflation schädlich überspannten Produktionsapparats, ohne Rücksicht auf die Interessen der einzelnen.

Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnerhöhungen an Arbeiter und Beamte des Staats zur Herabdrückung des Lebenshaltungsstandards des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihrem dem Volksganzen dienenden Bestrebungen jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.

Dann beschließt sich der Bundesausschuß mit dem Organisationsproblem. Die auf Grund des vom Leipziger Gewerkschaftstages gefassten Beschlusses eingeleitete Kommission ist trotz langer Beratungen nicht zu einem einmütigen Ergebnis gekommen. Es standen drei Auffassungen einander gegenüber. Die eine Gruppe legte dem Ausschuss einen von Hissmann, dem Vater der Leipziger Resolution, ausgearbeiteten Plan für den Aufbau und den Wirkungsbereich der zu bildenden Industrieverbände vor. Eine zweite Gruppe hält den Umbau der Gewerkschaften nach dem Leipziger Beschluß weder für notwendig noch für möglich. Sie lehnt es ab, die bisherige Entwicklung durch gewaltsame Eingriffe zu fördern. Dagegen steht die dritte Gruppe, die den Leipziger Beschluß zwar für grundsätzlich richtig hält, aber eine zwangsweise Lösung gleichfalls ablehnt. Die beiden letztgenannten Gruppen stimmen auch in der Auffassung überein, daß ein Ausbau der Bundeseinrichtungen für ae-

meinsame Interessenvertretung auf wirtschaftlichem, wirtschaftspolitischem, sozialpolitischem und rechtlichem Gebiete wünschenswert sei. Die Meinung des Bundesvorstandes geht dahin, daß zwangsweise durch einen verbindlichen Kongressbeschluss eine Lösung des Organisationsproblems nicht möglich ist. Dagegen glaubt er, durch eine Aenderung der Bundesbeschlüsse die erstrebte Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte wirksam fördern zu können. Nach einer eingehenden Erörterung der entgegenstehenden Anschauungen wurde einstimmig beschlossen, die Verhandlungen über das gewerkschaftliche Organisationsproblem auszusetzen, um den Vorständen der Verbände Gelegenheit zu geben, die dem Ausschuss unterbreiteten Vorschläge noch einmal zu prüfen. Die endgültige Entscheidung über die Vorlagen wird in der nächsten Bundesausschusssitzung vorgenommen werden.

Gegen den Zollmücker nahm der Bundesausschuß Stellung in einer Entschliessung, die wir an anderer Stelle dieser Nummer abdrucken. Zugleich erklärte sich der Bundesausschuß einmütig bereit, sich an der planmäßigen Abwehraktion gegen die schugöllnerischen Bestrebungen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen. Zu diesem Zweck soll jeder Verband einen Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied aufbringen.

Der Bundesvorstand beabsichtigt, im Bundesbureau eine Abteilung für Gewerkschaften zu errichten. Von der weit überwiegenden Mehrheit der Mitglieder wurde anerkannt, daß durch diese Erweiterung des Bundesbureaus nicht nur einem dringenden und häufig empfundnen Mangel abgeholfen wird, sondern daß es sich hier um einen Aufgabekreis handelt, der wirksam nur von der Bundesleitung in Angriff genommen werden kann. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß sich die Delegierten für die aus diesen Gründen notwendige Erhöhung der Bundesbeiträge bei ihren Vorständen einsetzen werden.

Dem Bundesvorstand sind einige Aenderungen der Bundesbeschlüsse vorgeschlagen, die in der Hauptsache eine Vereinfachung der Verwaltung bezwecken. Eine endgültige Entscheidung soll erst in der nächsten Ausschusssitzung getroffen werden. Schließlich nahm der Ausschuss Kenntnis von einer Vorlage der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, welche die Einrichtung eines Sparvereines, zunächst im Kreise der Gewerkschaftsmitglieder bezweckt.

Wirtschaft und Republik.

Immer wieder finden wir in der Geschichte, daß das wirtschaftliche und politische Leben aus den angsten zusammenhängen. Die politische Macht richtet sich nach den Interessen der herrschenden wirtschaftlichen Macht, und die wirtschaftliche Macht unterliegt wieder der herrschenden politischen Macht, weil die wirtschaftliche Macht eben von der politischen gefördert wird.

So ist es gekommen, daß nicht nur die geistige Freiheit, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung immer wieder einen Hemmschub in der Obrigkeit fand. Wie die Kirche das aufstrebende Handwerk erst anerkannte, als es eine neue wirtschaftliche Macht geworden, so auch die weltliche Obrigkeit. Und als mit der Maschine ein neuer Machsfaktor aufzutreten begann, da kämpfte die Obrigkeit gegen die Maschine für das Handwerk, das dem bestehenden politischen Gebilde ein treuer Schutz geworden war.

Deshalb hatte die Maschine, die heute überall so siegreich, zuerst harte Kämpfe mit der politischen Obrigkeit auszufechten. Der Rat der Stadt Danzig hat den Erfinder der Bandmühle — so berichtet die Leberlieferung — in jenem Mittelalter, das die große Zeit des handwerks war, hinrichten lassen. Andere Stadtmagistrate erwirkten teilweise Verbote der Bandmühlentriebe für das Deutsche Reich, zuletzt noch im Jahre 1719. In Hamburg wurde der gefährliche Bandmühlentrieb auf Befehl des Rates öffentlich verbrannt.

Ihren Siegeszug beging die Maschine erst, als die Wertzeugmaschine und die Dampfmaschine entstanden waren, und es ist nicht zufällig, daß diese industrielle Revolution mit der Zeit der politischen Revolutionen zusammenfällt. Aber auch die politische Obrigkeit des vergangenen Jahrhunderts ging weiter im Sinne ihrer Geschichte. Auch die Maschine wurde von der Obrigkeit anerkannt; sobald die Maschine zum Machsfaktor geworden, fanden die Träger des Maschinenwesens die wohlwollende Unterstützung durch die Obrigkeit, die immer klarer und offensichtlicher in die Erscheinung trat. Je mehr die Maschine den Kapitalismus schaffte, um so inniger wurden die Fäden zur politischen Macht, bis sie in der innigen Harmonie von Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus vor dem Kriege einen Einheits-Machtausdruck fand, wie ihn die Geschichte von Politik und Wirtschaft noch nicht gesehen hat.

Das ist darum für alle, die an der wirtschaftlichen Gestaltung des Zusammenlebens Interesse haben, von grundlegender Bedeutung, daß die Republik heute zum ersten Male in der deutschen Geschichte die freie Möglichkeit einer antikapitalistischen Politik gegeben hat. Wohl sind noch große Stücke aus alter Zeit vorhanden in der Verwaltung wie in der Rechtspflege, doch mit der republikanischen Staatsform haben wir die Möglichkeit, das Leben auch weiter von den Banden zu befreien, die es umschlossen halten.

Sogar auf seinem eigenen wirtschaftlichen Gebiete kann der Kapitalismus durch das selbstbestimmende Volk Einschränkungen erfahren, wenn das Volk in politischer Reife die politischen Körperschaften entsprechend wählt, doch hat hierin die gewerkschaftliche Arbeit die wesentliche Aufgabe für die Gegenwart zu leisten. Das Recht auf Existenz wird durch die Organisation gewahrt.

Auf allen anderen Gebieten aber kann die wirtschaftliche Macht ihren Einfluß nicht mehr durch die politische Macht in der Art ausüben lassen, wie es in all den Jahrhunderten geschehen ist. Wohl kann der Kapitalismus durch seine Mittel verbundene Menschen bei den Wahlen vorübergehend in seine Dienste spannen, aber eben nur durch die Kurzsichtigkeit der Menschen, nicht aus der politischen Struktur des Zusammenlebens heraus. Daß der Kapitalismus der Republik feindselig ist, sollte allein bezeichnend sein. Die Republik bedeutet den antikapitalistischen politischen Gedanken. Dadurch, daß wir die Republik unterstützen, halten wir die wirtschaftliche Diktatur der Jahrhunderte von wichtigen Lebensgebieten zurück, schützen wir die

freie Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens zu neuem Ziele. Die Republik ist deshalb der politische Rahmen, in den die Gewerkschaftsbewegung gehört, und darum muß gerade in dieser Zeit einer lauter werdenden politischen Reaktion jeder, der seine wirtschaftliche Freiheit wahren will, die Augen offen halten und auf den Bestand und die weitere Entwicklung der Republik bedacht sein.

Sechs Monate Arbeit für trodenes Brot.

Die Regierung trägt sich bekanntlich mit dem Plan, unerhöht hohe Mehlgölle einzuführen. Wir zeigen nun in nachfolgendem Artikel, wie sich der Mehlgoll auf die Lebenshaltung der Bevölkerung auswirken muß. Roggenmehl kostet heute etwa 30 Mt. und Weizenmehl 38 Mt. pro 100 Kilogramm. Das ergibt einen Durchschnitt von etwa 34 Mt. Für das Jahr 1925/26 soll nun der Mehlgoll nach den Plänen der Regierung 8,50 Mt. betragen. Die Regierung nennt diesen Zoll den ermäßigten Mehlgoll, obwohl er 25 Proz. des Wertes der Ware ausmacht. Nun beträgt der Mehlverbrauch in Deutschland durchschnittlich 10 bis 11 Millionen Tonnen, also auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet etwa 460 Gramm Mehl bzw. 1 1/2 Brot am Tage oder etwa 170 Kilogramm Mehl bzw. 225 Kilogramm Brot einseht. Getriebe, Feigwaren, Nährmittel, Kuchen, Kets usw. im Jahr. Der Zoll wird an der Grenze erhoben und nicht beim Bäcker. Der Zoll bildet demnach für die Ware eine Art Unkosten wie die Frucht und sonstige Esesen und wird ein Teil des Mehlprieses. Rechnet man nun für den Mehlimporteur 1 1/2 Proz. Umsatzsteuer, 1 Proz. Courtae und 2 1/2 Proz. Bruttoverdienst und für den Zwischenhändler 1 1/2 Proz. Umsatzsteuer und 3 1/2 Proz. Bruttoverdienst, so sind das 10 Proz. vom Verkaufspreis. Der Bäcker muß gleichfalls Umsatzsteuer bezahlen, und sein Verdienst kann mit etwa 13 1/2 Proz. brutto veranschlagt werden. Das sind 15 Proz. Bei dem Brothändler entstehen nochmal 15 Proz. Bei dem Bäcker und bei dem Brothändler entstehen die Unkosten aber nicht bei dem Mehlpreis, sondern beim Brotpreis, so daß diese prozentualen Aufschläge rechnerisch nicht vom Hundert, sondern im Hundert zu rechnen sind. Wenn das verzollte Mehl verboden ist, beträgt der Zoll dadurch nicht mehr 8,50 Mt., sondern 13,50 Mt. Die Differenz liegt darin, daß in dem Brotpreis 5 Mt. mehr Zoll steckt als in dem Mehlpreis. Wenn man davon ausgeht, daß 100 Kilogramm Mehl 130 Kilogramm Brot ergeben, so fallen 10,5 Pf. oder nach unten abgerundet 10 Pf. auf 1 Kilogramm Brot. Der Jahresverbrauch mit 225 Kilogramm aus Brotgetreide hergestellter Nahrungsmittel ergibt also eine Belastung von 22,50 Mt. auf den Kopf der Bevölkerung.

Ein Durchschnittsarbeiter mit Frau und 3 Kindern, wie er statistisch gewöhnlich den Berechnungen zugrundegelegt wird, der wöchentlich also 2,20 Mt. für den Zoll auf das Brot ausgeben müßte, verdient netto etwa heute pro Woche 27 Mt., so daß er den 12 Teil seines Lohnes allein für den Brotzoll ausgeben muß. Das Brot selbst ist infolge der heute um gut 50 Proz. höheren Getreidepreise auch ohne Zoll schon viel zu teuer, so daß der Arbeiter mit Familie 4 bis 5 Monate des Jahres überhaupt nur für das trodene Brot für sich und seine Familie zu arbeiten hat. Kommt im nächsten Jahre noch die riesige weitere beantragte Zollerhöhung, so braucht er 6 Monate im Jahre, um nur das mit Zoll belastete Brot zu erarbeiten. Bei Kurzarbeitern und Erwerbslosen ist es natürlich noch viel schlimmer.

Obige Berechnung, deren Richtigkeit eine eingehende Ueberprüfung erwiesen hat, stammt nicht von uns, sondern von einem bekannten Unternehmerverband in der Hamburger Gegend. Sie steht in einer Dentschrift, die dieser Unternehmerverband der Reichsregierung überreicht hat. Ob die Regierung angesichts dieser Lasten wohl noch den Mut hat, ihre Zolpläne zugunsten der Großagrarien durchzuführen?

Literatur.

Was müssen wir alle von der Zukunft wissen. Praktischer Ratgeber zu den amtlichen Bestimmungen, bearbeitet und herausgegeben von G. v. g. B. a. u. f. e. b. Leipzig, Leipzig, Rheinbinder Str. 25. Preis 50 Pf. Gebirgsverlag.

Republik Europa. 32 Seiten. Mit einer Weltkarte, aus der die Einteilung der Welt nach Staatsformen hervorgeht. Preis der Neuen Gesellschaft, Berlin-Dessau. 1 Mt., Vereinsausgabe 0,50 Mt.

In einer sehr fasslich und amüsan gezeichneten Weise zeigt Otto Schumann-Außel (der Geschäftsführer der Deutschen Liga für Menschenrechte), daß der schon vorhandene 18 Republiken Europas immer noch 18 Monarchien gegenüberstehen, zu deren Befestigung, zunächst auf dem Wege der „Rückgängung“, er die Europäer auffordert. Genauere, aber nicht langweilige Zahlen erzählen, was die Monarchien der Welt gefollet haben und noch kosten. Wenn dieses Buch jeder deutsche Reichsbürger liest, ist es aus mit der Beherlichung der Monarchie in Deutschland.

Abrechnungen.

Gau Thüringen 1. Rate, 2. Quartal, 2000 Mt. Berlin, den 26. Juni. J. Lohoff.

Für die Woche vom 6. bis 11. Juli ist die Beitragsmarke in das mit 28 bezehnelte Feld des Mitgliederbuchs oder der Karte zu kleben.

STERBETAFEL.

Nach kurzem Leiden entschlief sanft am 16. Juni unser lieber Kollege
Kaspar Handschuh
im Alter von 61 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
die Verbandsmitglieder von Schweinfurt a. M.

Verantwortlich für Redaktion: A. S. u. l. e. Charlottenburg, Westendstraße 18. Fernspr.: Amt Wehdn 1828. Verlag: J. Lohoff, Charlottenburg. — Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.